



Kreistagsfraktion Tübingen

Fraktionsvorsitzende

Dr. Ulrike Baumgärtner
Dr. Annika Franz

Rede von Bündnis 90/Die Grünen zur Verabschiedung des Haushalts am 16.12.2020

Es gilt das gesprochene Wort.

Tübingen, den 23.12.2020

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

„Die Zeiten ändern sich“ – so hatten wir vor einem Jahr unsere Haushaltsrede begonnen, und waren unter anderem auf die Zusammensetzung des neugewählten Kreistags eingegangen. Was sollen wir da erst heute sagen? Niemand konnte vor einem Jahr ahnen, wie sehr sich die Zeiten im Jahr 2020 ändern würden, welche Herausforderungen und Einschränkungen das Coronavirus für uns alle mit sich bringen würde. Eine Online-Sitzung zur Verabschiedung des Kreistags hätte sich keine und keiner von uns vorstellen können. Und doch sind wir heute dazu gezwungen.

Alternativ hätten wir den Haushaltsbeschluss verschieben müssen. Aber auf welchen Termin? Der demokratische Prozess wäre auf unbestimmte Zeit verschoben. Gerade diese unsicheren Zeiten erfordern aber politisches Handeln. Gut, dass Sie als Verwaltung durch Einrichtung der Technik und durch die Begleitung im Umgang mit diesen technischen Möglichkeiten dafür die Voraussetzungen geschaffen haben. Ein herzliches Dankeschön dafür vorneweg.

Das ist zwar nicht die Form, in der wir gerne die Haushaltssitzung miteinander abhalten, aber angesichts der gravierenden Sorgen unserer Zeit eines der geringeren Probleme.

Wir haben uns unsere Rede wieder aufgeteilt. Ich werde unsere Haltung zu den Freiwilligkeitsleistungen darstellen und auf die Finanzierung über die Kreisumlage eingehen. Uli Baumgärtner wird anschließend unsere Anträge vorstellen und unsere Forderung nach einem Paradigmenwechsel im Straßenbau erläutern.

Schon im letzten Haushalt war klar, dass der uns jahrelang begleitende wirtschaftliche Aufschwung sich abschwächt. Zugleich stehen nicht unerhebliche Investitionen in die Kreisschulen und in unser Großprojekt Regionalstadtbahn an. Was zukünftig aber in finanzieller Hinsicht auf uns zukommen wird, kann heute noch keiner ahnen. Für das Auffangen der Schäden, die durch Schließungen bei Hotels und Gastronomie sowie ab heute im Einzelhandel entstehen, durch Einbußen in der Wirtschaft, bei Vereinen,

Kreistagsfraktion Tübingen Bündnis 90/Die Grünen

Vorsitzende: Dr. Ulrike Baumgärtner, Tübingen | Dr. Annika Franz, Tübingen

stv. Vorsitzende: Gerd Hickmann, Tübingen | Dr. Wolfgang Raiser, Rottenburg | Geschäftsführung: Gabriele Dreher-Reeß, Mössingen
Simon Baur, Rottenburg | Marie-Luise Bausch, Kirchentellinsfurt | Dr. Martin Brunotte, Tübingen | Christin Gumbinger, Tübingen |
Jürgen Hirning, Gomaringen | Christoph Joachim, Tübingen | Dr. Sabine Kracht, Rottenburg | Asli Küçük, Tübingen | Klaus Lambrecht, Rottenburg
Elena Peony, Tübingen | Ruth Setzler, Kirchentellinsfurt | Elisabeth Schröder-Kappus, Rottenburg | Nina Zorn, Kusterdingen

Kultur- und Bildungseinrichtungen, sind enorme Kraftanstrengungen notwendig, die fast nicht zu stemmen sind. Zudem drohen Steigerungen bei den Sozialausgaben. Beim Ausmaß der Verschuldung auf Bundes- und Landesebene wurde einem schon vor einigen Wochen schwindelig – die Entscheidungen der letzten Tage lassen nichts Gutes für die allgemeine Entwicklung der Finanzgroßwetterlage ahnen.

Und schon jetzt haben Kommunen in unserem Kreis Schwierigkeiten, ihre Haushalte auszugleichen. Angesichts dieser Gesamtsituation ist es verständlich, dass manche Fraktionen zu dem Schluss gekommen sind, in diesem Jahr dem Haushalt keine weiteren Belastungen zuzumuten und keine Anträge zu stellen.

Andere Fraktionen, darunter wir, haben dennoch einige Anträge gestellt. Wir kennen die finanziellen Schwierigkeiten der Städte und Gemeinden, wir wissen, dass der Kreishaushalt Risiken enthält. Warum stellen wir in einer solchen Lage Anträge, die über die Kreisumlage finanziert werden und damit die kommunalen Haushalte zusätzlich belasten?

Es gibt Bereiche, in denen wir auch in Coronakrisenzeiten dringend weiterkommen müssen. Die Klimakrise macht keine Pause. Natur- und Artenschutz sowie die notwendige Verkehrswende müssen vorangetrieben werden. Die EU hat ihr Klimaziel verschärft, die Stadt Tübingen hat ein ehrgeiziges Klimaprogramm beschlossen, auch der Kreis sollte hier immer weiter nach Verbesserungen streben.

In der jetzigen Ausnahmesituation kommen zudem viele an ihre Belastungsgrenzen – finanziell, psychisch, körperlich. Das führt zur Verschärfung sozialer Probleme. Wir müssen die Vereine und Institutionen unterstützen, die ein Auffangnetz bieten, für alle, die ins Straucheln geraten. Auch diese Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind immens wichtig – und sie kommen allen Kreiseinwohnerinnen und -einwohnern zugute. Uns war daher schon im Sommer, als die Freiwilligkeitskommission tagte, äußerst wichtig, dass gerade in diesem Bereich keine Kürzungen vorgenommen werden dürfen und dort, wo coronabedingt eine Zunahme von Hilfebedürftigkeit wahrscheinlich war oder bewährte Strukturen gefährdet sind, Zuschüsse vielleicht sogar erhöht werden müssen.

Was wir gerne bei den nächsten Dreijahresvereinbarungen im Vorfeld klären würden, ist die Frage der **Dynamisierung**, also einer Zuschusserhöhung um einen Prozentsatz, der den allgemeinen Kostensteigerungen entspricht. Vor Antragseinreichung muss klar sein, wer diese erhält. Alle Antragstellerinnen und Antragsteller? Oder nur diejenigen, die einen höheren Zuschussantrag stellen und dies mit gestiegenen Kosten begründen? Wie werden diese nachgewiesen? Uns ist wichtig, dass hier gleiche Maßstäbe für alle festgelegt werden und Transparenz zum Vorgehen herrscht.

Bei den Beratungen zu den Freiwilligkeitsleistungen gab es ein paar besonders diskussionsintensive Schwerpunkte:

- **Die Angebote zur Gewaltschutzarbeit:** Uns war wichtig, dass die Zuschüsse zwischen Stadt und Kreis Tübingen sinnvoll aufgeteilt werden, die Initiativen Planungssicherheit erhalten und die Betroffenen weiterhin gut beraten werden können. Wir sind froh, dass eine Einigung erzielt wurde.

- Die Anträge der **Lebenshilfe**: Es steht außer Frage, dass BTHG-bedingt das Angebot der Lebenshilfe neu konzipiert und die Vergütung umgestellt werden muss. Doch der Verein darf deswegen nicht vor einer Durststrecke stehen oder gar gezwungen sein, Angebote einzustellen. Verlässlichkeit ist für Menschen mit Behinderungen noch wichtiger als für andere. Daher müssen wir für Beständigkeit im Angebot sorgen.
- Der **Tima-Antrag** zur Einrichtung einer Fachberatungsstelle: Zu Beginn der Beratungen schien keine Einigung zwischen verschiedenen Positionen möglich. Gute Argumente für den Antrag sind das Subsidiaritätsprinzip, die Wahlmöglichkeit für Betroffene zwischen unterschiedlichen Anlaufstellen und über unterschiedliche Zugangswege, passend zur individuellen Situation. Wichtig ist die Niedrigschwelligkeit und nicht zuletzt die Fördermöglichkeit mit 60.000 Euro pro Jahr durch die Aktion Mensch. Wir haben im Bemühen, eine gute Lösung zu finden, zahlreiche Gespräche geführt, mit Tima, Pro familia, Herrn Lipinski, Herrn Hillebrand, Mitgliedern verschiedener Fraktionen und mit weiteren Menschen, die im Bereich sexualisierter Gewalt an Kindern langjährige Erfahrung haben. Es gibt um unseren Landkreis herum viele gute Vorbilder für ineinandergreifende Angebote von freien Trägern und Jugendamt – das erhoffen wir uns auch für den Landkreis Tübingen! Nun sieht es so aus, als ob die Verhandlungen zu diesem Antrag ein Musterbeispiel eines gelungenen demokratischen Prozesses werden könnten. Von allen Seiten war die Bereitschaft da, Argumente auszutauschen, zuzuhören, Ideen aufzunehmen. Der Kompromissvorschlag der Verwaltung scheint nun einen Weg aufzuzeigen, wie alle Akteure an einen Tisch kommen und hoffentlich eine Lösung finden, die für die betroffenen Kinder und Jugendlichen das beste Hilfsangebot und ein überzeugendes Gesamtkonzept schafft.

Einige scheinbar kleinere Punkte bei den Freiwilligkeitsleistungen sind noch offen.

Für das **Theater Hammerschmiede** wären 1000 Euro mehr eine zurzeit dringend benötigte Unterstützung.

Das **Asylzentrum** arbeitet an der Kapazitätsgrenze und ist durch die Pandemie zusätzlich gefordert.

Seit vielen Jahren ist der Zuschuss für den **Kreisjugendring** unverändert, die wichtige Jugendarbeit wird durch viel ehrenamtliches Engagement aufgefangen. Wenigstens eine Dynamisierung des Zuschusses halten wir für angemessen.

Aus Rottenburg und Ammerbuch wurde Bedarf an der Antidiskriminierungsarbeit von **adis** bekundet. Ein Zuschuss von 10.000 Euro könnte durch zusätzliche Landesförderung eine deutliche Ausweitung des Angebots im gesamten Kreis ermöglichen. Unverständlich ist für uns, wie man zuerst ein Empfehlungsschreiben für den Förderantrag an den Landkreis unterzeichnen kann und dem Antrag dann doch nicht zustimmt. Das ist keine verlässliche Politik.

Wir sind – wie ich gerade gesagt hatte - mit den Fraktionen aus sehr unterschiedlichen Positionen in die Haushaltsverhandlungen gestartet: Die einen wollten keine Anträge stellen, die anderen haben seitenweise Haushaltsanträge eingereicht. Man könnte

also meinen, es gab viel Konfliktpotential. Als Fazit nach den Haushaltsvorberatungen zu den Freiwilligkeitsleistungen lässt sich jedoch festhalten, dass alle Seiten, das heißt alle Fraktionen und die Verwaltung sich sehr gesprächs- und kompromissbereit gezeigt haben. Freiwilligkeitsleistungen mit einer Gesamtsumme von über 4 Millionen Euro stehen schon auf der Konsensliste. Es ist erfreulich, dass wir uns in diesen schwierigen Zeiten einigen konnten, die vielfältigen Angebote und Unterstützungsstrukturen im Kreis zu erhalten. Wir möchten uns bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die konstruktiven Beratungen und den sachlichen Austausch der Argumente bedanken.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass wir uns in den wesentlichen Punkten einig sind:

- (1) Wir haben die Finanzlage der Städte und Gemeinden im Blick, die unter den wegbrechenden Steuereinnahmen schon heute leiden und mit noch unsicherem Blick in die Zukunft schauen;
- (2) Wir sind uns alle einig, dass soziale Härten so gut wie irgend möglich abgefedert werden müssen;
- (3) Und wir haben alle verstanden, dass wir heute handeln müssen, um die schlimmsten Auswirkungen der Klimaveränderungen abzuwenden.

Wir sind uns alle einig und doch kommen wir zu unterschiedlichen Schlüssen für die Übersetzung unserer Großziele in konkrete politische Projekte. Zum Glück! Sonst bräuhete es dieses Gremium ja nicht.

Ich komme zurück auf unsere dritte Übereinstimmung. Wir wollen alle Klimaschutz. Dann lassen Sie uns doch Klimaschutz machen!

Pandemiebedingt gehen die Fahrgastzahlen im öffentlichen Nahverkehr zurück. Davon lassen wir uns nicht beirren und halten fest an der ÖPNV-Offensive 2025 für den Landkreis Tübingen, die wir im letzten Jahr gefordert haben. Allerorten machen wir die Erfahrung, dass die Menschen auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen, wenn sie eine attraktive Alternative zum Auto darstellen. Aber nur dann. Und eine wirkliche Verkehrswende braucht nun einmal den Umstieg der Massen und nicht nur der Vollblut-Überzeugten, die sich auch von den widrigsten Umständen nicht davon abbringen lassen, den Bus zu nehmen.

Ein angenehmer Ein- und Ausstieg gehören zweifelsohne zur Attraktivitätssteigerung. Deshalb haben wir zusammen mit der FDP den Antrag für **barrierefreie Haltestellen** gestellt. Durch eine gebündelte Antragstellung im gesamten Kreis können 75% der Baukosten über Landeszuschüsse abgedeckt werden. Die Verpflichtungsermächtigung für 2022 umfasst ein Gesamtvolumen von 600.000; die Kosten für Landkreis und Gemeinden belaufen sich aber nur auf je 75.000 Euro.

Im Sinne der Förderung **umweltfreundlicher Mobilität** unterstützen wir den Vorstoß der SPD und der Linken, zusätzliche Mittel bereitzustellen für einen Zuschuss zum Jobticket, Mitgliedschaft beim Car-Sharing oder für die Anschaffung eines Fahrrads/E-Bikes. Allerdings ist die Beschreibung aktuell für uns noch ein „zu bunter Blumenstrauß“. Wir plädieren für die Einarbeitung der Ideen in das Mobilitätsmanagement des Kreises und schlagen vor, bis dahin die 20.000 Euro mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Noch wichtiger als Zuschüsse zum Kauf von Rädern finden wir allerdings den Ausbau der **Radwege und die Umsetzung kleinerer Maßnahmen**. Ursprünglich hatten wir hier knapp 1,7 Millionen für die nächsten beiden Jahre gefordert. In der Diskussion im Ausschuss wurde deutlich, dass so eine Summe im kommenden Jahr nicht umgesetzt werden kann. Für die kleineren Maßnahmen greifen wir gerne den Verwaltungsvorschlag auf und reduzieren unseren Antrag auf 45.000 Euro. Für das Radverkehrskonzept wollen wir aber schon in diesem Jahr Mittel einstellen, um erste Maßnahmen dann auch zügig umsetzen zu können.

Abschließend zum Komplex umweltfreundliche Mobilität möchte ich noch ein paar Sätze zur **Absenkung der Eigenanteile für Schüler- und Azubitickets** verlieren. Der Antrag ist nicht so zu verstehen, dass wir so lange abstimmen lassen, bis uns das Ergebnis gefällt. Sondern es ist ein weiteres Entgegenkommen für die Fraktionen, die inhaltlich eigentlich unserer Meinung sind, die aber aus taktischen Gründen laufende Gerichtsverfahren nicht beeinflussen wollen. Mit dem vorgeschlagenen Drei-Schritt sind die Belastungen für den Kreishaushalt noch überschaubarer. Wir hoffen, Sie so überzeugen zu können, denn auch wenn das Ende der Gerichtsverfahren immer noch nicht in Sicht ist, zahlen die Schülerinnen und Schüler und Azubis bereits heute Monat für Monat 39,30 Euro. Der Tübinger Stadttarif beträgt nur 22 Euro. In diesem Jahr hat die AfD mit ihrem Antrag ja die Seiten gewechselt. An dieser Stelle sei betont, dass wir deren Begründung völlig abstrus und ihr Rechenmodell für nicht tragfähig halten.

Gesondert werben möchte ich für den **Antrag „Mein blühender Landkreis“**. Wir fanden die Idee der CDU gut, sich der Verödung öffentlicher Flächen und der unsäglichen Ausbreitung privater Schottergärten entgegenzustellen. Der Klimakrise entgegenzutreten heißt auch, sich für die Artenvielfalt einzusetzen. Eine Haltung: „Das machen wir, wenn wieder Geld da ist“ ist einfach fatal. 150 Arten sterben täglich – so eine Studie des Nabu. Mit überschaubarem Geld wollen wir Anreize für eine Vielzahl von Akteuren schaffen, tätig zu werden. Die Verwaltung hat bereits alles vorbereitet. Sie müssen heute nur noch zustimmen. Wie meine Kollegin Sabine Kracht im Ausschuss so nett gesagt hat: Wir werden auch nächstes Jahr viel am Gärtnern sein. Corona verstärkt den Trend noch weiter. Lassen Sie uns ein wenig Geld in die Hand nehmen, damit dieses wilde „Rumgärtnern“ zu einem echten positiven Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt wird!

Im Bereich Inklusion freuen wir uns sehr, dass alle Fraktionen unserem Antrag gefolgt sind, eine weitere **0,5 Personalstelle für Menschen mit Behinderungen** zu schaffen. Das Landratsamt spielt derzeit eine Vorreiterrolle in Sachen diverser Personalzusammensetzung. Diese Rolle und die damit verbundenen Erwartungen wollen wir weiter stärken und sehen beispielsweise im Bereich der E-Akte wunderbare Möglichkeiten für Teams von Menschen mit und ohne Behinderung. 12.500 Euro sind dafür für den Kreis veranschlagt. Gute Politik muss wahrlich nicht immer teuer sein.

Und wenn aber politische Beschlüsse teuer sind und immer teurer werden, muss man genau hinsehen. Das machen Sie als Verwaltung zuallererst und weisen uns dezidiert auf die Kostensteigerungen hin. Dafür sind wir Ihnen sehr dankbar.

Die richtige Antwort kann dann aber doch nicht immer sein. „Ärgerlich, aber jetzt ist's halt so. Wir haben schon so lange geplant, jetzt muss es halt so werden.“ Gerade wir im Kreis Tübingen machen mit dieser Haltung derzeit doch so bittere Erfahrungen mit der B28neu und der B27.

Für unglaubliche Finanzsummen werden unglaubliche Eingriffe in die Natur getätigt, die unglaublich viel mehr Auto- und Schwerlastverkehr vor unserer Haustüre produzieren und unglaubliche Klima-Konsequenzen nach sich ziehen werden. Niemand von uns kann sagen, das habe ich nicht gewusst oder gewollt. Wir möchten diese scheinbar naturgegebene Logik durchbrechen.

Ihnen allen ist klar, dass ich vom **Ausbau der K6938 von Oberndorf nach Reusten** rede. Die Haushaltsrede ist nicht der geeignete Ort darüber zu reden, ob 5 Unfälle in 4 Jahren ein untragbares Sicherheitsrisiko darstellen. Oder ob die richtige Antwort darauf eine Fahrbahnverbreiterung auf 6m ist, die dann so hoch ist, dass für landwirtschaftliche Fahrzeuge Dämme gebaut werden müssen, um auf diese Straße zu kommen. Oder ob es gerechtfertigt ist die 6m Breite in der Ortsdurchfahrt Reusten fortzuführen, dafür dann die Gehwege zu verlegen, die dann mit Stützmauern abgesichert werden müssen und eigene Entwässerungsmulden gelegt werden müssen.

Aber für die Haushaltsberatungen ist es immer auch wichtig zu überlegen, wo wir Einsparungen vorschlagen könnten. Und an dieser Stelle fragen wir stellvertretend für einige Straßenausbauarbeiten: Geht's nicht auch eine Nummer kleiner?

Keine Frage: Unfallschwerpunkte müssen beseitigt werden, genauso wie umweltbelastendes Material entfernt werden muss. Am Rande sei hier allerdings erwähnt, dass das Umweltministerium in solchen Fällen eher rät, die belastenden Materialien zu überdecken, ähnlich wie die Amalgamfüllungen. Aber sei es drum. Dieses Vorhaben geht alle Fälle über die reinen Notwendigkeiten hinaus. Über Grundsätze der Planung wollen wir mit Ihnen im Gespräch bleiben, denn eine Verkehrswende heißt für uns auch eine drastische Umstrukturierung der Finanzmittel im Straßenbau.

Wir sind uns klar darüber, dass dieser Wunsch und einige unsere Anträge viel Arbeit für die Verwaltung bedeuten. Und uns ist auch klar, dass in akuten Corona-Ernstfallsituationen wie der aktuellen die Kräfte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter Umständen an anderer Stelle gebunden sind. Dafür haben wir natürlich Verständnis. Und wir bedanken uns ausdrücklich bei Ihnen, Herr Landrat Walter -stellvertretend für die gesamte Verwaltung- für die engagierte, unaufgeregte und kollegiale Art des Krisenmanagements.

Wir hoffen, die Zeiten ändern sich bald wieder, um unsere Rede auch im nächsten Jahr mit diesem Satz beginnen zu können.